

Betreff: Leerstandsabgabe



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingbracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 28. April 2022

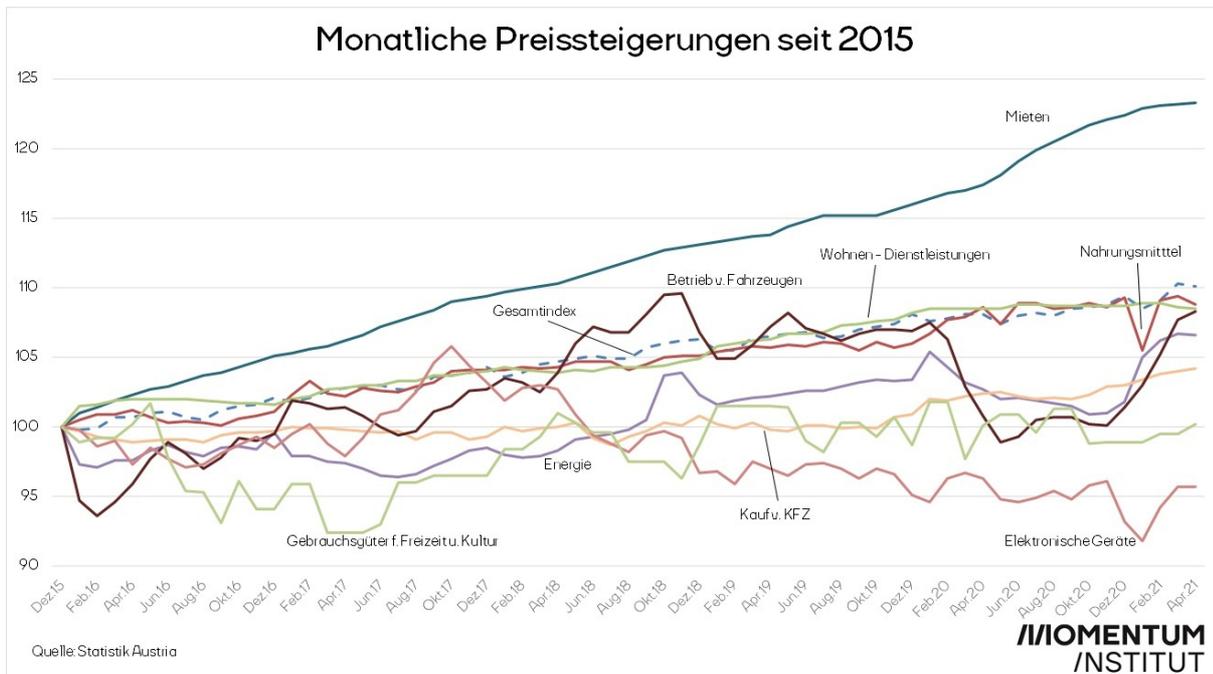
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Am Dienstag ist im Steiermärkischen Landtag ein Meilenstein für die Mobilisierung von leistbarem Wohnraum beschlossen worden. Das neue Raumordnungsgesetz erlaubt es Städten und Gemeinden künftig, eine Leerstandsabgabe einzuheben. Städte und Gemeinden können dann für Wohnungen, die länger als ein halbes Jahr nicht genutzt werden, eine Abgabe einfordern. In Graz kennen wir das Problem des absichtlichen Leerstands durch die immer ausuferndere Immobilienspekulation schon lange und seit vielen Jahren drängen wir auf diese Lösung.

Die Baupolitik der vergangenen Jahre hatte die Gewinne der Immobilienbranche mehr im Sinn als Wohnraum für alle zu sichern. Nicht umsonst ist Graz in vielen Zeitungen bereits als „El Dorado“ für Anleger:innen bezeichnet worden. Die Immo-Branche macht daraus auch kein Geheimnis. Graz gilt als „Geheimtipp“ für rasche und hohe Renditen.

Durch jahrelanges Blockieren gab es lange Zeit nur Schätzungen, wie viele Wohnungen den Menschen, die in Graz auf Wohnungssuche sind, bewusst vorenthalten werden. Was wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen können ist, dass es sich vor allem in Ballungszentren wie Graz dabei um mehrere tausend Wohnungen handelt. Das zuständige Amt arbeitet gerade an einer Leerstandserhebung und die Daten werden uns schon bald zur Verfügung stehen.

Durch den Beschluss im Landtag haben wir nun endlich ein Instrument, um aktiv gegen den Leerstand vorzugehen. Denn obwohl die bisherige Baupolitik einem Beton-Bauwahn gleicht, steigen die Wohnpreise ständig. Außerdem lässt man den neu entstandenen Wohnraum viel zu oft leer stehen, um von Wertsteigerungen zu profitieren. Dabei verschlingt das Wohnen immer mehr vom Einkommen. Die Preissteigerungen im Bereich der Mieten waren in den letzten Jahren der große Treiber der Inflation in Österreich. Dies betrifft vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen, die einen großen Teil davon für Wohnen und Lebensmittel ausgeben. Auch Baugrund wird für die Bevölkerung immer weniger leistbar.



Was Ballungszentren und touristische Gebiete gemein haben ist, dass Wohnraum hier nicht mehr vorrangig dem Grundbedürfnis „Wohnen“ dient, sondern viel mehr ein sicheres Geschäft mit hohen Renditen und umso mehr Spekulation bedeutet. Die nun mögliche Leerstandsabgabe soll daher so rasch wie möglich eingeführt werden, um ein klares Signal an die Grazer Bevölkerung zu senden: die Zeiten der Goldgräberstimmung für Immobilienspekulant:innen in Graz sind vorbei, ab sofort stehen wieder die Interessen der Grazer:innen, wie das Menschenrecht auf Wohnen, im Mittelpunkt!

Darüber hinaus kann die Stadt mit den Einnahmen auch die Kosten für bestehende Infrastruktur finanzieren und in den städtischen Wohnbau investieren, um die Grazer:innen so zusätzlich zu entlasten.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt grundsätzlich die Möglichkeit der Einführung einer Leerstandsabgabe, bekennt sich zur alsbaldigen Prüfung der Umsetzung des vom Steiermärkischen Landtages beschlossenen Gesetzes für eine Leerstands- und Zweitwohnsitzabgabe durch die zuständigen Stellen der Stadt Graz und spricht sich für eine ehest mögliche Realisierung einer Leerstandsabgabe für das Gemeindegebiet der Landeshauptstadt Graz aus.